Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang | Donnerstag, 1. September 1921 | Nummer 408 • Abend-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 16 M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Danzig, das Saar- u. Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens u. Luxemburgs 20 M., für das übrige Ausland 27 M. per Brief bez. für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 30 M.

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8a/9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 4,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Gewerbe-Gesuche u. Gewerbe-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Beisetzung Erzbergers

Die Rede des Reichskanzlers

Biberach, 31. August.

Der Zug mit den sterblichen Ueberresten Erzbergers setzte sich von der Stadtpfarrkirche um 1 Uhr in Bewegung. Voraus gingen zahlreiche Vereine mit Musikkapellen und Fahnen. Hinter dem Wagen folgte die Geistlichkeit mit dem Weihbischof Dr. Sproll, Frau Erzberger mit den beiden Kindern des Verstorbenen und den sonstigen Angehörigen, der Reichskanzler mit den Mitgliedern der Reichsregierung, der Reichspräsident, die Vertreter der württembergischen und badischen Regierung, die Abordnungen weiterer Vereine und eine nach Tausenden zählende Menge. Um 1 Uhr 30 Minuten wurde der Sarg in die Gruft gesenkt.

Nach einem Gesange des Kirchenchores hielt Stadtpfarrer **Schweikart** die Trauerrede, in der er den Verewigten als den Mann würdigte, der dem Gebot der christlichen Liebe in dreierlei Beziehung gewissenhaft nachkam: In der Liebe zu Gott, in der Liebe zum Volk, und in der Liebe zur Familie.

Hierauf sprach Reichskanzler Dr. **Wirth** am Grabe. Er führte aus: Der Reichspräsident und die Reichsregierung zeichen **dem großen schwäbischen Volksmann, dem hervorragenden Parlamentarier und Staatsmann, dem Reichsfinanzminister den verdienten Kranz der Ehre und sie versichern ihm das treueste Andenken.** Vor wenigen Tagen weilte ich in Frankfurt anläßlich der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands. Niemand, der es nicht miterlebt hat, kann sich eine Vorstellung machen, von der unerhörten Bewegung, die die Kunde von der Ermordung Erzbergers, die auch nur die Nennung seines Namens durch die Redner auslöste. Aber bei allen nicht durch Haß und Verblendung im Urteil Getrübten hatte die Kunde die nämliche Bewegung ausgelöst: **insbesondere bei dem einfachen Volke, bei dem arbeitenden Volke; in der Welt derer, die Arbeit leisten, bei den Hand- und Kopfarbeitern. Heute sind auch zu vielen Tausenden die Arbeitermassen in der Hauptstadt des Deutschen Reiches in Bewegung. Die Welle kann auch ganz Deutschland durchziehen.** Mancherlei Gefahren können daraus entstehen. Wehe denen, die noch einen Tropfen in diesen übervollen Kelch schütten. Er kann überlaufen. Aufs neue kann das Chaos über Deutschland heraufbeschworen werden.

Der Reichskanzler erinnerte dann an die **letzten großen Aufgaben**, die Erzberger zu erfüllen hatte. Er schilderte, wie Erzberger als Führer der Delegation berufen wurde, die im Wald von Compiegnes **die Waffenstillstandsverhandlungen** fortzuführen hatte. Er trat nachdrücklich der Behauptung entgegen, als habe sich Erzberger zu dieser Führung gedrängt. Seine Haltung sei ritterlich und deutsch gewesen, nicht händisch und feig, wie man ihm vorgeworfen habe. Dann kamen

die Stunden von Weimar,

als es galt, den Frieden zu unterzeichnen. Auch hier sei Erzberger der Mann gewesen, der sich die ernste Frage vorgelegt habe, ob wirklich die Stunde kommen solle, wo durch den Einmarsch des Feindes das Volk auch noch des Letzten beraubt würde. **Der neue demokratische Staatsgedanke, der uns aus dem damaligen Chaos herausgeführt habe, sei das Werk Erzbergers.** Er habe auch das neue, einheitliche Finanzwesen für das Reich aufgerichtet. Die gigantische Größe seiner Leistungen könne erst aus dem rechten Abstand erkennbar werden. Man müsse auf das Mittelalter zurückgehen, um auf einen Gedanken zu kommen, wie ihn Erzberger gehabt habe. Der Reichskanzler geißelte in scharfen Worten diejenigen, die es fertigbringen, nach so großen Taten für das Vaterland noch am offenen Grabe den Toten zu schmähen. **Er erinnerte nur an eine Zeitung in Süddeutschland, die sich „Staatszeitung" nennt.**

Der Reichskanzler sagt dann wörtlich weiter: Teurer Freund, Dein Name wird in Ehren genannt werden. Der erste Prozeß ist zu Ende. Ueber den zweiten, über den Steuerprozeß, kann ich nicht sprechen. Aber ein Kenner dieser Angelegenheit, mit dem ich gesprochen habe, hat mir erklärt: Erzberger hat nicht nur die Wahrheit sagen wollen, er hat sie auch gesagt! **Wir wollen über den Toten den Schild halten, aber nicht in stummem Schmerze verharren,**

sondern wir wollen handeln, denn das Vaterland ist in Gefahr.

Ich meine nicht die Republik, ich meine nicht den demokratischen Staat, nein, aus diesem Grunde heraus kann der ganze Staat in Gefahr kommen. Täuschen wir uns nicht. Das neue Deutschland kann nur bestehen auf christlicher sozialer Grundlage. Unser Staat wird ein Volksstaat sein, wie unser Freund ihn erstrebt hat, oder er wird nicht sein! Oder er wird in ein elendes Chaos oder in deutsche Kleinstaaterei zerfallen.

Hierauf legte Präsident **Loebe** im Namen des Deutschen Reichstages einen Kranz auf den Sarg nieder. Für die gesamte deutsche Zentrumspartei sprach Abgeordneter **Becker-Arnsberg.** Weiter sprachen auch noch Oberregierungsrat **Beyerle** im Namen der württembergischen Zentrumspartei, Justizminister **Bolz** für die Zentrumsfraktion des württembergischen Landtages, Stadtschultheiß **Doll** aus Biberach, Monsignore **Vogt-Biberach**, **Dr. Schofer** aus Freiburg, Ministerialrat **Dr. Beusch** vom Reichsfinanzministerium und andere, darunter auch namens der U. S. P. D. Reichstagsabgeordneter **Geck-Offenburg.**

Ein Posaunenchor und der übliche Fahnengruß beendigte die Feier an dem mit zahllosen Kränzen bedeckten Grabe Erzbergers.

Außenpolitische Wirkungen

Von rechts ist der republikanischen Regierung immer wieder höhnisch vorgeworfen worden, sie schiele bei allem, was sie tue, ängstlich über die Grenzen in schlotternder Furcht, ihre Maßnahmen könnten jenseits der Vogesen oder des Kanals ein Stirnrunzeln der Machthaber hervorrufen. Auch haben sich unsere Nationalisten selbst niemals irgendwelche Beherrschung auferlegt in Rücksicht auf die Folgen, die ihr provokatorisches Benehmen überall dort im Ausland haben mußte, wo ohnehin ein schier unbegrenztes Mißtrauen gegen das neue Deutschland herrschte, weil man mit mehr oder weniger Recht der Meinung war, diese ganze Republik sei eine Scheinmauer, hinter der sich der wahre, reaktionäre Charakter Deutschlands verberge. Jetzt plötzlich, nachdem die Regierung zum ersten Male etwas unternommen hat, was im Auslande dem republikanischen Regime einigen Kredit zu schaffen scheint, jetzt ist den Herren von der Rechten angeblich vor den außenpolitischen Rückwirkungen bange, jetzt schielen sie über die Grenzen und heben beschwörend die Hände, die sonst am Helmrand oder Degenknauf liegen, um vor den Folgen zu warnen, die sich daraus ergeben könnten, daß die Republik sich — als Republik erweist.

Die Besorgnis der Rechten ist nicht nur aufrichtig, sondern sogar berechtigt. Man muß nur wissen, wie sie gemeint ist. Für das Deutschland der Ludendorff, Helfferich, der frontabschreitenden Hohenzollernprinzen und politisierenden Generale, für das Deutschland der Frontkämpfertage und Regimentskapelle, kurz: für das schwarzweißrote Deutschland kann der Schritt der Regierung in der Tat die ernstesten Folgen haben, außenpolitisch sowohl wie innenpolitisch. Im Ausland war man bis gestern überall davon überzeugt, daß wie Genosse Grumbach es ausdrückt, „die deutsche Republik sich eine fast mustergültige Verfassung geschaffen habe, anscheinend zu dem alleinigen Zweck, daß die Alldeutschen unter ihrem Schutz den Sturz eben dieser Republik betreiben können. Wenn die deutsche Regierung ihren jetzt beschrittenen Weg konsequent zu Ende geht, so wird sich binnen kurzem erweisen, daß die Reaktion in Deutschland eine Gefahr ist, die verschwindet, sobald der Wille der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes sie vor feste Tatsachen stellt. Diesen Beweis zu erbringen, muß der Regierung nicht nur gegenüber den empörten Volksmassen als das dringendste Gebot der Stunde erscheinen, sondern auch als Aufgabe der äußeren Politik. Daß er ihr gelingen könnte, ist die wichtigste jener „außenpolitischen Rückwirkungen", welche die Reaktion mit gutem Grund fürchtet.

Wir fürchten etwas anderes. Wir fürchten, daß die Regierung sich vielleicht doch wiederum von den Krokodilstränen, von der oft geübten und erstaunlich guten Verstellungskunst ihrer ärgsten Feinde wird einwickeln lassen. Die „Deutsche Tageszeitung" streckt schon einen Fuß ganz sachte vor, um ihn auf den mit Recht so beliebten „Boden der gegebenen Tatsachen" zu stellen. Sie erinnert die Regierung mit vorwurfsvollem Augenaufschlag an „die Unterstützung der ausgesprochen nationalen Elemente in Deutschland, die sie mehr als einmal bitter nötig gehabt hat" und warnt sie vor dem Glauben, „mit unabhängigen Verrätern gemeinsam deutsche Politik machen und die nationalen Kräfte ungestraft ausschalten zu können." Offenbar hofft sie schon heute darauf, es könne sich eine ähnliche Situation ergeben wie damals, als der Weizen der militaristischen Gegenrevolution in den Freikorps zu blühen begann. Sie vergißt aber, daß inzwischen das deutsche Proletariat eine lange und bittere Lehrzeit durchgemacht hat und heute die große Masse der deutschen Arbeiter nicht wieder so dumm sein wird, sich gegenseitig die Köpfe zu zerkeilen. Die deutsche Arbeiterschaft würde jeden Schimpf und jedes Ungemach vollauf verdienen, wenn sie durch Streit in den eigenen Reihen der Reaktion Zeit ließe, abermals den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Nein, wir hoffen, daß der deutsche Arbeiter seit den Tagen der Freikorps und des Kapp-Putsches nichts vergessen, aber sehr viel gelernt hat!

Die „Deutsche Tageszeitung" erzählt ihren Lesern, die sich durch das Verbot der neun ihr geistesverwandten Blätter, an Zahl erheblich vermehrt haben dürften, die französischen Chauvinisten hätten bei der Kunde vom Kampfe gegen den deutschen Nationalismus erleichtert aufgeatmet. „Sie fürchten nur eins: daß ihre Gewaltpolitik Deutschland mehr und mehr zu einem nationalen Abwehrblock zusammenschmieden könne... Der Kampf gegen die nationale Bewegung in Deutschland muß sie mit größter Befriedigung erfüllen. Er macht ihnen die Bahn frei." Man kann beim besten Willen nicht annehmen, daß die „Dtsche. Tgztg." glaubt, was sie da sagt. Sie weiß sehr gut, daß heute die Chauvinisten in Frankreich lange Gesichter machen! Wie das Zündholz sich nur an der Streichfläche entzündet, so flammt der Nationalismus nur auf, wenn er sich am fremden Nationalismus reiben kann. Ueber das „Revanchegeschrei" derer v. d. Goltz und Genossen lacht man drüben heimlich, aber dem braven Spießer hält man diese Landsmannschaften in Kriegsbemalung tagtäglich vor Augen und sagt: „Seht, das sind die Männer, die in Deutschland das große Wort führen, und die demnächst nicht nur mehr Worte, sondern Menschen, Kanonen, Maschinengewehre gegen uns führen werden. Sorgt dafür, daß der Säbel unseres Joch stets auf die Brust

Stegerwald im Hinterhalt

„Der Deutsche", das Blatt des preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald, bekundet sich heute als ein Freund der Staatsautorität, der öffentlichen Ordnung und der „unparteiischen Gerechtigkeit nach allen Seiten". Das Blatt kann an der gewaltigen Kundgebung der Berliner Arbeiterschaft im Lustgarten natürlich nicht vorübergehen, aber die Haltung, die es zu dieser wahrhaft großen Erscheinung einnimmt, zeigt allzu deutlich, wie unbequem den Leuten um Stegerwald diese Machtbekundung der Arbeiterklasse ist. Das Blatt vergißt es völlig, über den Verlauf der Demonstration sachlich zu berichten, veröffentlicht dafür aber an weithin sichtbarer Stelle eine Notiz, in der es seiner Verzweiflung darüber Ausdruck gibt, daß die Reichsregierung zweierlei Maß messe. Der politische Mord sei weder zu entschuldigen noch zu empfehlen, und die Hetze zum Mord müsse durch Maßnahmen gegen jeden Terror von rechts getroffen werden. Aber es ist zu beklagen, daß die Linke anders als die Rechte behandelt wird. Das sein ein verhängnisvoller Fehler, von dem sich die Reichsregierung in der gegenwärtigen kritischen Lage anscheinend nicht freihalten könne. Das Blatt fährt fort:

„Das geht besonders deutlich aus der Tatsache hervor, daß sie nicht den Mut gefunden hat, die heutige große, von sozialdemokratischer Seite ins Werk gesetzte **Kundgebung im Lustgarten zu verhindern.** Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier im wesentlichen um eine parteipolitische Aktion der Sozialdemokratie handelt, die wenig mit der begreiflichen Entrüstung über den Mord von Griesbach zu tun hat und ganz und gar nach einer Kraftprobe der freien Gewerkschaften aussieht, die ihren Einfluß im Schwinden sehen und alles tun, um ihn wieder zu beleben. Eine Kundgebung der Sozialdemokratie zuzulassen und Veranstaltungen von seiten der Rechten zu verbieten, ist einmal eine Ungerechtigkeit, gegen die gerade wir von unserem Standpunkt der Volksgemeinschaft aus nicht genug protestieren können, es ist aber auch ein schwerer politischer Fehler, denn das einseitige Entgegenkommen der Regierung den freien Gewerkschaften gegenüber wird in weitesten Kreisen als eine **Kapitulation vor der Masse** und als ein **Symptom der Schwäche des Kabinetts** aufgefaßt."

Das ist zwar ganz der Stil, in dem die gesamte bürgerliche Presse bei früheren ähnlichen Gelegenheiten gleiche Erscheinungen zu behandeln pflegte, ist aber dennoch höchst merkwürdig in dieser besonderen Situation und vor allem deshalb, weil diese Aeußerung in einem Blatte erscheint, das der preußischen Regierung nahe steht. Es wäre außerordentlich interessant, festzustellen, ob damit die Meinung beträchtlicher Teile der Zentrumspartei zum Ausdruck gekommen ist. Nach dem Verlauf des Katholikentages, der soeben in Frankfurt am Main stattgefunden hat, liegt allerdings kein Anlaß zu dieser Annahme vor. Aber die Zentrumspartei muß für die Dauer in ein außerordentliches schiefes Licht kommen, wenn sie es duldet, daß maßgebende Mitglieder ihrer Partei, die überdies die Zentrumspartei an so hervorragender Stelle, wie der Posten des preußischen Ministerpräsidenten es ist, vertreten, die allgemeine Politik der Zentrumspartei und des zu ihr gehörenden Reichskanzlers durchkreuzen. Die „Germania" hat sich erst in diesen Tagen energisch gegen die bayrischen Katholiken gewandt, um ihnen klar zu machen, wohin der Kurs der bayrischen Regierung führt, für den die Bayrische Volkspartei mit verantwortlich ist. Es wäre erfreulich, wenn sie auch zu dieser Aeußerung des Stegerwaldblattes etwas zu sagen wüßte.

Außerdem beweist die Haltung dieses Blattes aufs neue, wie dringend notwendig es ist, daß die preußische Regierung sofort eine Umbildung erfährt, durch die der Einfluß der Rechtsparteien ausgeschaltet wird, und wie dringlich erforderlich es ferner ist, in der Verwaltung an allen einflußreichen Plätzen gründlichst aufzuräumen. Es ist ein unerträglicher Zustand, Stegerwald im Hinterhalt zu wissen, während die Masse der Arbeiterschaft für die Erhaltung der Republik kämpft.

Friedensschluß zwischen Amerika und Ungarn. Am Dienstag wurde in Budapest der Friedensvertrag zwischen Ungarn und Amerika unterzeichnet. Für Ungarn unterzeichnete der Minister des Aeußern Graf Banffy, für Amerika der Kommissar Grant Smith.

Eine Protestversammlung der Hamburger Eisenbahner. In einer großen Versammlung, an der viele Tausende organisierter Eisenbahner Groß-Hamburgs teilnahmen, wurde das Regierungsangebot betreffend Lohnerhöhung einstimmig als völlig ungenügend abgelehnt.

Deutschlands gezückt bleibe, sorgt dafür, daß die militärischen Sanktionen in Kraft bleiben." In dem Augenblick aber, in dem die Republik ihre großen und kleinen Ludendorffs zwingt, die kaiserliche Uniform samt Helm und Säbel in die Kommode zu sperren, in dem Augenblick, wo man ihnen verbietet, Kontrollversammlungen abzuhalten und Hetzreden zu schwingen: in dem Augenblick ist den „Chauvins" in Frankreich das Konzept verdorben. Denn wie im Kriege, so waren auch nach ihm unsere Alldeutschen die besten „Verbündeten" des französischen Nationalismus. Daß man in Frankreich zwei Wochen lang keine Gelegenheit haben wird, gewisse deutsche Blätter zu zitieren, ist für die Wulles und Helfferichs jenseits des Rheins ein schwerer Schlag. Daß „l'Illustration" keine Bilder von Parademärschen vor Hohenzollernprinzen mehr bringen kann, bedeutete eine starke Einbuße für die chauvinistische Propaganda. Für die deutsche Außenpolitik aber bedeutet es eine ungeheure Erleichterung, für die deutsche Republik eine Steigerung ihres Ansehens in der ganzen Welt! Das sind allerdings „außenpolitische Rückwirkungen", die weder den deutschen noch den französischen Hetzern Freude bereiten.

Es wird alles davon abhängen, ob die deutsche Regierung wirklich den Willen hat, mit starker Hand durchzugreifen. Sie wird sich darüber klar sein müssen, daß weit über das geeinte Proletariat hinaus große Schichten der Bevölkerung entschlossen sind, unter keinen Umständen zu dulden, daß wiederum nur halbe Arbeit geleistet oder gar nach kurzem Anlauf der Rückzug angetreten wird. Diese Volksmassen treten geschlossen hinter die Regierung, aber sie wollen auch von ihr Taten sehen. Das ist der Sinn der riesigen Demonstrationen, die gestern im ganzen Reiche stattgefunden haben. Sie sollen nach innen und nach außen zeigen, daß die deutsche Republik aus eigenem Recht und eigener Kraft lebt. Die Regierung braucht nur zu wollen — und der ganze freche Spuk der monarchistischen und militaristischen Reaktion zerfliegt in alle Winde!

Hüben und drüben!

In der „Frankfurter Zeitung" lenkt deren Londoner Redakteur auf Rückwirkungen hin, welche die nationalistischen Kundgebungen in Deutschland dort finden. Gerade die stets und anerkannter Weise auf eine Verständigung drängende Presse verfolge mit großer Unruhe die Vorgänge in Deutschland und lege mit Nachdruck den Finger auf die wunde Stelle. Diese Kreise sehen in all diesen Erscheinungen eine gefährliche Bedrohung der sich langsam anbahnenden Verständigung, während umgekehrt der englischen nationalistischen Presse jedes Auftreten der Nationalisten in Deutschland neuen willkommenen Zündstoff für ihre Politik der Verhetzung gewährt.

„Die jetzige deutsche Regierung und was hinter ihr steht", so schreibt der Korrespondent, „hat glücklicherweise inzwischen einen so großen moralischen Kredit angesammelt, daß die offizielle Haltung der Londoner Regierung noch nicht dadurch ernstlich berührt wird, obwohl fraglos so unerwünschte Dinge, wie die militärischen Sanktionen und die gesamte militärische Kontrolle, wahrscheinlich unter englischem Druck jetzt schon beseitigt wären, wenn nicht der Hinweis auf die reaktionäre Bewegung ein starkes Argument den englischen und besonders den französischen Nationalisten in ihrer Diskussion mit Lloyd George und Lord Curzon wäre."

Es wird somit bestätigt, daß gerade das provozierende Auftreten der deutschen Nationalisten das größte Hindernis für die Beseitigung der Sanktionen bildet. Man dient also Deutschland nicht damit, daß man gegen diese alltäglich heulmeiert, sondern indem man der Verhetzung der deutschen Nationalisten endlich entschiedenen Einhalt gebietet.

Eine neue Note der Alliierten an Deutschland. Die Alliierten haben an Deutschland eine gemeinsame Note gesandt, die von der Absicht Englands Frankreichs und Italiens kundgibt, je zwei neue Bataillone nach Oberschlesien zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung zu entsenden. Frankreich wird außerdem noch ein Detachement Kavallerie nach Oberschlesien beordern.

Die Kundgebungen im Reiche

Ueber die Kundgebungen im Reiche liegen noch folgende Meldungen vor:

In Essen nahmen an der Kundgebung die drei sozialistischen Parteien teil. Redner aller drei Parteien verurteilten die Mordtat an Erzberger aufs schärfste und mahnten zur Einigkeit der arbeitenden Klasse. Nach einem Hoch auf die Einigkeit der arbeitenden Klasse setzte sich ein über eine Stunde währender Demonstrationszug in Bewegung. Zwischenfälle ereigneten sich nicht.

In Hagen i. Westf. versammelten sich auf der Springe die Gewerkschaften von Hagen und Umgebung zu einer machtvollen Kundgebung gegen die Reaktion und für eine einheitliche Front der drei sozialistischen Parteien. Nach der Versammlung, die mit einem Hoch auf das internationale Proletariat schloß, bewegte sich ein Demonstrationszug durch die Hauptstraßen der Stadt. Die Kundgebung verlief völlig ruhig und ohne Zwischenfälle.

Zu einer gewaltigen Kundgebung gestaltete sich auch die von der S. P. D., U. S. P. D. und den Freien Gewerkschaften veranstaltete Demonstration in Münster. Die dicht gedrängte Menge zollte den Rednern lebhaften Beifall. Mit einem begeisterten Hoch auf die Republik löste sich die Versammlung in Ruhe und Ordnung auf.

In Karlsruhe nahmen annähernd 30 000 Personen auf dem Marktplatz mit Beifall die Ausführungen des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schöpflin und des unabhängigsozialistischen Staatsministers Johann Junk auf. Sodann bildete sich ein gewaltiger Demonstrationszug, der sich nach seiner Rückkehr auf den Marktplatz in voller Ruhe auflöste.

An der Massenkundgebung in Mannheim, die von der S. P. D. und U. S. P. D. einberufen war, nahmen rund 35 000 Personen teil.

In Kassel teilte Landtagsabgeordneter Hauschild in einer Versammlung mit, daß eine große Anzahl Drohbriefe an Oberbürgermeister Scheidemann täglich eingehen und daß ihm in diesen Briefen ein gleiches Ende wie Erzberger es gefunden hat, angekündigt wird. Der Polizeipräsident verbot angesichts der Stimmung in der Arbeiterschaft eine vom Verband der vaterländischen Vereine Kassel für Sonntag geplante Erinnerungsfeier an Sedan und Tannenberg.

Leipzig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Leipzig, 1. September.

Die gestrige Demonstration der Leipziger Arbeiterschaft war **die riesigste, die seit den Novembertagen 1918 in Leipzig gesehen wurde.** Alle drei Parteien der Arbeiterschaft und die Gewerkschaften gingen zusammen. Die Kommunisten hatten sich gegenüber unserer Parteileitung verpflichtet, ihre Mitglieder und Parteifunktionäre anzuweisen, daß bei der Demonstration jede Störung der Ordnung zu unterbleiben hat, und alle Versuche, die Ordnung zu stören, von welcher Seite sie auch ausgehen mögen, mit größter Energie zu unterdrücken sind. Die Redner der Kommunisten verpflichteten sich, in ihren Ausführungen alle Angriffe gegen die Organisationen, die an der Demonstration teilnahmen, zu unterlassen. Um 5 Uhr war der riesige Augustusplatz in seinen beiden Hälften von einer unübersehbaren Menschenmenge überfüllt. Während die Redner, die von allen beteiligten Organisationen gestellt wurden, zu sprechen begannen, rückten immer noch gewaltige Züge aus den Vororten mit roten Fahnen, Emblemen und Plakaten an, auf denen ihre Forderungen verzeichnet waren. Nach Schluß der Versammlung ging der Zug am Hauptbahnhof vorbei über den Ring zum Rathaus und auf den Reichsgerichtsplatz, wo nach einer Schlußrede die Auflösung stattfand. **Der Vorbeimarsch am Hauptbahnhof dauerte über 50 Minuten,** und als um 7 Uhr die Auflösung der Demonstration auf dem Reichsgerichtsplatz erfolgte, hatte der Schluß des Zuges den Platz noch nicht vollständig erreicht. Zu irgendwelchen Ruhestörungen ist es nicht gekommen. Der Eindruck war ein gewaltiger.

Halle

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Halle, 1. September.

Die Hallesche Arbeiterschaft war gestern zu einer imposanten Demonstration zu Tausenden angetreten. Der große Garten und die beiden sehr geräumigen Säle des Volksparkes waren überfüllt. Es sprachen je ein Redner der U. S. P., der S. P. D. und der Kommunisten. Im Anschluß folgte ein in völliger Ruhe sich vollziehender Demonstrationszug durch die Stadt, der auf dem Marktplatz nach einer kurzen Ansprache und gemeinsamen Massengesang sich auflöste. Da die Polizei zurückgezogen war, ist es nirgends zu Ruhestörungen gekommen.

Im Bezirk Halle fanden gleichfalls in zahlreichen Orten Demonstrationen, von den sozialistischen Parteien einberufen, statt, so in Eisleben, Sangershausen, Eilenburg, Wittenberg, Delitzsch. In einer ganzen Reihe von Orten werden heute und in den nächsten Tagen weitere Demonstrationen stattfinden, die sicher dieselbe Massenbeteiligung aufzuweisen haben werden, wie die gestrigen.

Magdeburg

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Magdeburg, 31. August 1921.

Die von den sozialistischen Parteien und Gewerkschaften gemeinsam veranstaltete Kundgebung gegen die Reaktion, an der sich in letzter Stunde auch die Kommunisten beteiligten, gestaltete sich zu der **wuchtigsten bisher in Magdeburg erlebten Demonstration.** Die Teilnehmer werden auf 50 000 bis 80 000 geschätzt.

Teltow

Die Arbeiterschaft Teltows hatte sich zur gemeinsamen Demonstration auf dem Marktplatz eingefunden. Genosse P. Lange (Berlin) sprach vor über 1000 Anwesenden. Er führte aus: Der politische Mord ist in Deutschland zum System geworden. Die Vorkämpfer der Arbeiterschaft sind gemordet worden. Erzberger war nicht unser Mann, ihn trafen die Kugeln, weil er der Reaktion schon als Vorkämpfer der Republik galt. Jetzt gilt es, sich einheitlich hinter die Regierung zur Erhaltung der Republik zu stellen und auf dieser Plattform den Sozialismus zu erkämpfen. — Hierauf formierten sich die Massen zum Demonstrationszug durch die Stadt. Nach Gesangsvorträgen der Arbeitergesangvereine auf dem Ruhlsdorfer Platz fand die Versammlung ihren Abschluß.

Ausländische Pressestimmen

London, 1. September.

Die Blätter bringen ausführliche Telegramme aus Berlin über die gestrige Kundgebung im Lustgarten.

Die „Times" berichtet, diese Kundgebung des republikanischen Geistes sei die überzeugendste, die sich bisher gezeigt habe. **Sie sei eine deutliche Botschaft für die Hohenzollern und für ihre Anhänger, daß sie gut tun würden, fernzubleiben.** Die Kundgebung werde vielleicht die Unzufriedenen von der Macht überzeugen, die hinter Wirth stehen werde, wenn sie fortfahren sollte, Verschwörungen zu seinem Sturz und zum Sturz der Verfassung zu schmieden.

„Daily Chronicle" meldet aus Berlin, die Ermordung Erzbergers werde eine Konsolidierung der republikanischen Parteien zur Folge haben.

„Morning Post" schreibt, die gestrige Kundgebung in Berlin könne als sicherer Beweis dafür genommen werden, daß **die Arbeiterklasse sich jeder wilden Abenteurerpolitik widersetze.** Die Regierung Wirth müsse durch diese Kundgebung, die ihr bewiesen worden sei, beträchtlich gestärkt werden.

„Daily Telegraph" schreibt, die hier bestehende Ueberzeugung, daß der Deutsche Reichspräsident und das Deutsche Kabinett in der Lage sein würden, der augenblicklichen Krise Herr zu werden, gründe sich auf das Vertrauen, das in die Charakterfestigkeit und die geistigen Fähigkeiten Dr. Wirths gesetzt werde. Seine Führung während der letzten Tage habe bewiesen, daß er nicht der Mann sei, der sich auf Freunde verlasse und daß er nicht eine Puppe Erzbergers gewesen sei. Er sei entschlossen, das deutsche Junkerblut in Deutschland ein für allemal niederzudrücken. Er sei zuversichtlich, daß er **dies vollbringen könne, in Anbetracht der großen und entschlossenen Unterstützung, die er von den Arbeitern aller Parteifärbungen** — und dem größten Teil des katholischen und des liberalen Bürgertums erhalte.

„Daily Chronicle" drückt in einem Leitartikel seine Befriedigung darüber aus, daß die Riesenkundgebung in Berlin ohne Zwischenfälle vor sich gegangen sei. Das Blatt schreibt, es sei sehr wünschenswert im Interesse Europas, daß die innere Spannung in Deutschland behoben werde; denn von der Korrektheit der Haltung Deutschlands hänge jedes Verhältnis ab. **Die augenblickliche deutsche Regierung sei die einzige, die in der Lage sein werde, Deutschland erfolgreich durch seine äußeren und inneren Probleme zu führen.**

Berliner Museumskrieg

Gibt es einen hoffnungsloseren und schwerer zu leidenden Typ als den „Verärgerten", der mürrisch und boshaft an allem herumnörgelt? Karl Scheffler, Herausgeber der Zeitschrift „Kunst und Künstler", ist heute nur noch die stets getränkte Leberwurst. Außer dem, was vor 30 Jahren einmal war, kennt er nichts. Jugend, Frische, Lebendigkeit, Energie sind ihm Lüge, Bluff, Strebertum und Mache. Er, der die einfachsten, selbstverständlichsten Dinge nur mit dem stereotypen Brustton der ethischen Ueberzeugung beteuert und bekräftigt, dessen Traum die Erneuerung der deutschen Sittlichkeit durch Qualitäts-Jägerhemden ist, weiß bei keinem Menschen ein anderes als das niedrigste Motiv anzunehmen, wenn dieser nicht tut, was Seine Eitelkeit für das einzig Richtige zu befinden sich in faustischem Drange heilig durchgekämpft haben.

Seine neueste Schrift „Berliner Museumskrieg" (Bruno Cassirer Verlag, Berlin) sind 120 Seiten Nörgelkram. Berechtigt ist der Protest gegen die selbstherrliche und unverständige Art, mit der Stadtbaurat Ludwig Hofmann die nach Messels Tod ihm übertragene Ausführung der Messelschen Museumsbauten betreibt. In der Tat sollte die Oeffentlichkeit dieses merkwürdige Verfahren, das Werk Messels zu verballhornen, sehr genau prüfen und aus ihm auch die nötigen Schlüsse ziehen für eine zutreffendere Beurteilung der künstlerischen Fähigkeiten ihres ganz gewaltig überschätzten Stadtbaurates. Wenn Scheffler es beklagt, daß es in Berlin kaum eine Tageszeitung gibt, „wo man auch nur ein Wort gegen Ludwig Hofmann sagen darf", so sollte er in der „Vossischen Zeitung", deren hochgeschätzter Mitarbeiter er doch ist, den Bann durchbrechen. Und wenn er die Erhebung eines Eintrittsgeldes in den Museen — auch dies mit Recht! — so unverantwortlich findet, so hätte er doch bei der Besprechung, die im Kultusministerium über dieses Thema stattfand (siehe „Freiheit" 24. März 1921, Nr. 140) ein deutliches Wort sagen sollen, statt laut und vernehmlich — zu schweigen!

Mit besonderer Liebe, das heißt mit Gift und Galle, schrieb Karl Scheffler offenbar das dritte, dem Kronprinzenpalais gewidmete Kapitel.

Es ist selbstverständlich, daß man an Ludwig Justis Arbeit Kritik üben kann, und wir haben es hier mehrfach und zum Teil sehr entschieden getan (und wollen heute nur bemerken, daß wir z. B. auch mit den neuesten Erwerbungen nicht sehr einverstanden sein können; nur der Ankauf einer stattlichen Reihe Zillescher Zeichnungen ist eine wirkliche Bereicherung der Sammlung). Aber jeder sachlich Urteilende wird die großen Verdienste Justis dankbar anerkennen und wird ganz besonders dann Herrn Scheffler zurückweisen, wenn er versucht, den Charakter Justis zu verdächtigen. Justi geht mit ehrlicher Hingabe in seiner Arbeit auf, große Teile der Bevölkerung sind ihm für seine Leistung verbunden, und es wäre ein trauriges Schauspiel, wenn die hohlen, verantwortungslosen Tiraden eines an geistiger Arterienverkalkung leidenden Oberlehrers der guten, sachlichen und zielbewußten Arbeit Justis sollten Schwierigkeiten bereiten können. Ganz besonders hoffen wir, daß die Ausstellungen des Kronprinzenpalais' ihren Fortgang nehmen, und daß Justi, nachdem er den Mut bewiesen hat, die radikalsten Maler aus Holland und Italien (ein „feindliches Land" für K. Sch.) zu zeigen, auch radikale deutsche Maler ausstellen wird. Wir sind nämlich durchaus nicht der Meinung des Herrn Scheffler, daß die Aufgabe, die Oeffentlichkeit mit den Fortschritten der Kunst bekanntzumachen, vom Berliner Kunsthandel „zureichend" gelöst werde. „Die Gefahr," so meint Scheffler, „daß starke Talente verkannt und dauernd unterdrückt werden, besteht längst nicht mehr" . . ., er scheint alle die starken Talente, die er in seiner Zeitschrift (die ja in den Kreisen der Besitzenden und Gebildeten noch immer tonangebend ist) — verkannt und dauernd unterdrückt hat und weiterhin verkennt und unterdrückt, total vergessen zu haben! Wir sehen gerade eine der wichtigsten Aufgaben der modernen Galerie in der Schaffung einer von allen Praktiken des Kunsthandels unberührten Ausstellung.

Natürlich ist Scheffler der starke Besuch des Kronprinzenpalais ein Dorn im Auge, und da die wahren Gründe, die doch für jeden, der sich nur ehrlich unterrichten will, klar zutage liegen, für Scheffler nicht wahr sein sollen, so muß er den „Strom der Besucher" hämisch diskreditieren. „Er sieht zu deutlich, daß der Strom der Besucher nicht sowohl von edler Wißbegier geleitet wird, als vielmehr von eitler Neugier. Die allermeisten wollen, um es kurz auszudrücken, wissen, wie Kronprinzens gewohnt haben, sie wollen dieselben Treppen benutzen wie weiland kaiserliche Hoheiten und wollen durch die Fenster der Gesellschaftsräume einmal zum Zeughaus und zur Neuen Wache hinübersehen. Ist das geschehen, so wenden sie sich auch den Bildern zu und genießen die Sensation, wie revolutionäre Malereien diese Stätte — je nach dem Standpunkt des Betrachters — weihen oder entweihen."

Das ist so ganz der hochmoralische Karl Scheffler!!! Sein Ziel ist, den Mann, der es wagt, das Schicksal der neuen Kunst nicht gänzlich den Händlern zu überlassen, zu entfernen — und so muß denn mit den schönsten Tönen aufrichtiger Entrüstung auf alles geschimpft werden. Der gute und erfreuliche, der dankenswerte Eifer Justis wird ein „Sichducken vor den üblen Instinkten der Menge", und dieser Menge ernsthaftes und schönes Bemühen wird als plumpe dumme Neugierde herabgezogen.

Ich stimme ganz den Worten Ludwig Justis zu, der in seiner kurzen Schrift „Habemus Papam" (Wir haben einen Papst! — Julius Bard Verlag, Berlin) mit treffenden Hieben gegen Scheffler anmaßende Bannbulle angeht, wenn er über diesen Papst sagt: „Das deutsche Geistesleben ist gesund und jugendlich genug, um diesen harigewordenen Teil abzuheilen wie ein Hühnerauge!"

Adolf Behne.

Juryfreie Kunstschau Berlin 1921. Die diesjährige Herbstausstellung der Jurylosen Berliner Kunstschau wird drei Wochen früher als im Vorjahre eröffnet werden. Sie findet vom 22. Oktober bis 4. Dezember im Landesausstellungsgebäude am Lehrter Bahnhof in Berlin statt. Anmeldung ist bis 10. September bei der Geschäftsstelle, Berlin W., Meraner Str. 10, von wo auch die Ausstellungspapiere erhältlich sind. Einlieferung der Werke vom 28. bis 30. September. Die Ausstellung findet in einem ähnlichen äußeren Rahmen statt, wie die Jurylose Kunstschau des Vorjahres.

Die Handzeichnungen von E. Th. A. Hoffmann. E. Th. A. Hoffmann ist auch ein genialer Zeichner gewesen. Was er mit der Feder geschaffen hat, in Sepia und koloriert, Blätter, die teils grotesk die Person Hoffmanns oder seiner Mitmenschen zum Vorwurf nehmen, teils sein dichterisches Werk mit unvergleichlicher Grazie wiederspiegeln, das hat jetzt Leopold Hirschberg zum ersten Male zusammengetragen. Er veröffentlicht es in einem bedeutsamen Bande, der jetzt bei Gustav Kiepenheuer in Potsdam erscheint.

Die Lynchmorde in den Vereinigten Staaten. Ueber die Zahl der Lynchmorde an Negern in den Vereinigten Staaten enthält der Bericht der „Nationalen Vereinigung der Neger" eine detaillierte Zusammenstellung. Hiernach wurden im Jahre 1920 65 Neger gelyncht (1919 waren es 83); sie wurden teils gehängt, verbrannt, erschossen, erdrosselt, totgepeitscht. Meist waren diese Unglücklichen des Mordes oder des Angriffes auf weiße Frauen (das Animalische des Rassenhasses!) verdächtigt. Die meisten Lynchfälle hatte Florida (13), Texas 10, Georgia 8, Mississippi 7, Alamba 6, Carolina 4, je 3: Californien, Minnesota, Oklahoma, die anderen verteilen sich auf Arkansas, Kansas, Kentucky, Missouri, Montana, Virginia. Als „Rassenkämpfe" bezeichnet der Bericht Tumulte in Chicago, Independencen, Leavenworth, Baltimore, Fayetteville, Winston Salem, wobei insgesamt etwa 10 Personen getötet wurden. Sehr viel zu schaffen macht den Negern die „Ku-Klux Klan", eine starke Organisation, die heftig gegen alles „Unamerikanische" hetzt. Sie verficht „die Reinheit der alten amerikanischen Ideale", die Vorherrschaft der weißen Rasse, die Rechte der Angelsachsen. Ku-Klux-Klan ist gegen Katholiken, Juden, Sozialisten, Frauenstimmrecht und Neger.

Sprechchor für die Proletarischen Feierstunden. Freitag, den 2. September, abends 7 Uhr, findet in der Arbeiter-Bildungsschule, Breite Str. 8-9, der erste Uebungsabend statt. Die Mitglieder werden gebeten, sich mit Papier und Bleistift zu versehen. Genossen und Genossinnen, Männer und Frauen, alte und junge, sind als Mitwirkende willkommen.

Die geheimen Orgesch-Räte

Widerstand der Behörden und Unternehmer gegen die Demonstration

Die Reichsregierung hat durch ihren Aufruf zum Schutze der Republik und durch ihre Verordnung gegen die monarchistische Hetze zu erkennen gegeben, daß sie gleichfalls bereit ist, jenen Kampf zu führen, den auch die Arbeiterklasse aufgenommen hat und dessen erste gewaltige Tat die gestrige Demonstration war. Das Verhalten mancher Behörden gegenüber demonstrierenden Arbeitern und Beamten kann der Regierung daher ein Zeichen für die Haltung dieser Behörden gegenüber der Republik sein. Sie wird sich darüber klar sein, daß sie ihren in Aufruf und Verordnung bekundeten Willen nur durchsetzen kann, wenn in alle Verwaltungsorgane ein Geist einkehrt, der mit dem des Aufrufes der Regierung übereinstimmt. Die Regierung wird dafür zu sorgen haben, daß dieser Zustand dort herbeigeführt wird, wo heute noch offenkundig ist, daß das leitende Beamtentum im Gegensatz zur Reichsregierung steht und den Triumph der Mordgesellen um Helfferich und Stinnes herbeisehnt.

Wir glauben daher der Sache zu dienen, für die auch die Reichsregierung eintritt, wenn wir öffentlich auf einige Behörden aufmerksam machen, die durch allerlei Feindseligkeiten gegenüber ihrem die Demonstration vorbereitenden Personal ihre antirepublikanische Gesinnung offen bekundet haben. Wir beginnen mit der Post, womit wir dem Parteigenossen Erzbergers, dem Reichspostminister Giesberts, einen Gefallen zu erweisen hoffen. Ein Mitglied des Beamtenausschusses vom Paketpostamt ersuchte den Amtsleiter Mudrack um die Genehmigung zum Anshange eines Aufrufes, in dem die dienstfreien Beamten aufgefordert wurden, am Mittwoch im Lustgarten gegen den politischen Meuchelmord und für die Festigung der Republik" zu demonstrieren. **Der Aushang wurde mit Entschiedenheit verboten.** Herr Mudrack ist also für den politischen Meuchelmord und gegen die Festigung der Republik.

Zweitens: Die Reichsdruckerei, die ebenfalls Herrn Giesberts untersteht. Die Arbeiter und Angestellten der Reichsdruckerei hatten einmütig beschlossen, sich an der Demonstration für die Erhaltung der Republik gegen die Reaktion vollzählig zu beteiligen. Um die Arbeiterschaft über die Ursache der jetzigen Bewegung aufzuklären, sollten kleine Plakate gedruckt werden, in denen alle Angehörigen der Reichsdruckerei, die auf dem Boden der republikanischen Staatsverfassung stehen, aufgerufen werden sollten, sich an der Demonstration zu beteiligen. Die Herren Geheimräte und Oberposträte in der Direktion der Reichsdruckerei **versagten die Genehmigung zum Drucke dieser Plakate** mit der Begründung, die Direktion könne politische Aufrufe weder von links noch rechts gestatten. Sie ließ durchblicken, dieser Aufruf könne „die Gefühle Andersdenkender verletzen".

Unter den „Andersdenkenden" kann man sich doch nur Monarchisten vorstellen. Und diese Feinde der Republik werden von der Direktion der Reichsdruckerei recht sorglich in Schutz genommen, damit ja nicht ihre Hakenkreuzgefühle verletzt werden. Das Gerede von „über den Parteien stehen" klingt nicht überzeugend aus dem Munde eines Geheimrats Patschke und Oberpostrats Wendt. Wer weiß, wie in wilhelminischer Zeit alle Andersdenkenden in rücksichtsloser Weise verfolgt wurden, dem erscheint diese zarte Rücksichtnahme der Geheimräte in recht sonderbarem Lichte. Jedenfalls sind es recht eigenartige Stützen der Republik, die sich in einem republikanischen Staatsbetriebe an oberster Stelle befinden.

Und wie der Herr, so das Gescherr! Der Betriebsausschuß hatte auch den Beamtenausschuß ersucht, sich an dem Aufruf zur Demonstration zu beteiligen. Der lehnte die Beteiligung verlegen ab. Man stehe zwar auf dem Boden der Verfassung, aber man könne doch niemand zwingen. Gewiß nicht — man kann ja auch nicht voraussehen, wer morgen am Ruder ist. Also wozu soll man sich kompromittieren.

Drittens gibt es einen Reichskommissar für die Kohlenverteilung, der näher angesehen zu werden verdient. Er heißt Geheimer Regierungsrat Stutz. Die Angestellten bei dieser Stelle forderten in einem Umlauf zur Demonstration auf, der von Herrn Stutz aber kassiert wurde. Er erließ dafür einen Anschlag, wonach „heute (Mittwoch) wie an allen anderen Tagen gearbeitet wird". Wer demonstrieren will, sollte um Urlaub nachsuchen. Als das nahezu vollzählig geschah, erklärte Herr Stutz, es müsse gearbeitet werden, weil so viele Angestellte nicht beurlaubt werden könnten. Die Gewerkschaft gehe ihn nichts an und er habe keine Angst vor ihr.

Womit wir diese Liste einstweilen schließen wollen. Noch einmal: die Behörden dürfen nicht länger in der Hand der geheimen Orgesch-Räte bleiben. Will die Regierung nicht auf halbem Wege stehen bleiben, dann gehört hier reiner Tisch gemacht.

Aber auch Unternehmer gibt es, die sich durch ihre Abneigung gegen die Demonstration als Anhänger der Mörderclique bekannt haben. So hat Herr Boll, Buchdruckereibesitzer am Schiffbauerdamm, 180 Arbeiter entlassen, weil sie, um alle an der Demonstration teilnehmen zu können, eine kleine Verschiebung in der Schichtfolge verlangt haben. Diese Brüder muß die Arbeiterschaft genau im Auge behalten.

Zum Schluß noch ein ähnlicher Fall, über den die „Berliner Volkszeitung" folgenden Bericht veröffentlicht:

„Der Betriebsrat der **Kommerz- und Privatbank**, Charlottenstraße 47, hatte bei der Direktion ersucht, den Angestellten die Teilnahme an der Demonstration am heutigen Mittwoch zu ermöglichen. **Das Ersuchen wurde abgelehnt.** Darauf richtete der Betriebsrat an die Kollegen, die „wahre Demokraten und Republikaner" seien, einen Aufruf, an der Kundgebung „für Wahrheit und Recht, gegen Reaktion und politischen Mord" teilzunehmen. Die Direktion stellte die Forderung, die Plakate mit dem Aufruf aus den Anschlagskästen zu entfernen. Das Verlangen mußte von dem Betriebsrat zurückgewiesen werden. Darauf ließ die Bankleitung die in Glaskästen angebrachten Aufrufe gewaltsam entfernen und drohte im Falle der Wiederanbringung von ihrem „Hausrecht" Gebrauch zu machen."

„Der Vorfall spricht für sich!" fügt das bürgerliche Blatt hinzu. Er zeugt im Verein mit den von uns angeführten Fällen von der wahren politischen Gesinnung der Unternehmer und ihrer Direktoren und der Beamten.

Achtung! Augen rechts!

Von zuverlässiger Seite wird uns aus Weißenfels mitgeteilt:

Die Reaktion in Mitteldeutschland und Thüringen scheint zu einem großen Schlage ausholen zu wollen. Die Sipo ist marschbereit, sie sammelt sich in größeren Verbänden auf dem Truppenübungsplatz in Ohrdruff. In Naumburg, dem Sitz der mitteldeutschen Orgesch, ist in den letzten Tagen eine große Anzahl fremder Offiziere eingetroffen. Der seit langem bekannte Organisator der Orgesch, Oberstleutnant von Oertzen, wird als Leiter der Erhebung bezeichnet. Nach zuverlässigen Nachrichten war der 2. September zum Losschlagen bestimmt.

Diese Nachricht aus Mitteldeutschland zeigt, wie groß die Gefahr ist, in der sich die deutsche Republik befindet. Die Monarchisten werden inzwischen eingesehen haben, daß es ein gewagtes Spiel wäre, wenn sie jetzt zu einer gewaltsamen Erhebung schreiten würden. Die Vorbereitungen dazu waren aber getroffen, denn uns ist auch von verschiedenen anderen Seiten die Mitteilung zugegangen, daß die Erhebung am 2. September erfolgen sollte. Die Tannenberg- und Sedanfeier, die Zusammenkünfte der Frontbünde und anderer militärischer Geheimorganisationen in den letzten Wochen, waren gewissermaßen als Kontrollversammlungen gedacht. Wenn die Schüsse auf Erzberger nicht zu früh gefallen wären, hätten wir im September zweifellos große Ueberraschungen erlebt. Jetzt sind die sozialistischen und republikanischen Massen mobilisiert, die deutschnationale Mordtat hat den Arbeitern gezeigt, daß die Uhr auf fünf Minuten vor zwölf steht, ihre Front ist geschlossen zum Abwehrkampf. Wenn es die Reaktion wagen sollte, loszuschlagen, wird sie sich blutige Köpfe holen, und die Abrechnung mit ihr wird nicht wieder so sanft ausfallen, wie beim Kapp-Putsch.

Der Chor der Presse

Die bürgerlichen Blätter über die Demonstration

Die bürgerliche Presse reagiert auf den Eindruck, den die gestrige Demonstration der Arbeiterklasse machte, höchst verschiedenartig. Man sieht verdutzte Gesichter und hört dumme Witze, Hohnworte über die Arbeiterklasse, die jedoch ebenfalls nichts sind als Verlegenheit — und ohnmächtige Wut.

Als besonders drollig möchten wir den „Berliner Lokal-Anzeiger" voranstellen, der zwischen dummen, witzig sein sollenden Bemerkungen verrät, worauf die Spießgesellen der Mörder Erzbergers gewartet haben. Er hat bemerkt, daß alles sehr ruhig und vernünftig vonstatten gegangen sei, und stellt fest, daß „diese Bataillone" nicht nach Bürgerblut lechzen. Da der „Lokal-Anzeiger" zweifellos nach Arbeiterblut lechzt, wäre es ihm außerordentlich erwünscht gewesen, wenn Disziplinlosigkeiten der Demonstranten Gelegenheit zu ordnungstiftendem „Einschreiten" gegeben hätten. Der Verlauf der Demonstration ist für den „Lokal-Anzeiger" und seine Gesinnungsgenossen also eine Enttäuschung.

Aber bei aller Dummheit erweist sich der „Lokal-Anzeiger" immer noch als intelligenter als die gesamte übrige Rechtspresse, denn fast keinem dieser Blätter ist es gelungen, sich irgendwelche Bemerkungen über die Demonstration abzuringen. Sie veröffentlichen durchweg gleichlautend den sehr zurückhaltenden Bericht einer Lokalkorrespondenz. Im übrigen scheint ihnen allen die Sprache weggeblieben zu sein. Mit Ausnahme der „Deutschen Tageszeitung", die keinen Raum für einen Bericht hat, sondern die Demonstration in der Spalte „Das Neueste vom Tage" mit folgenden lächerlichen vier Zeilen verzeichnet:

„In Berlin fanden heute „republikanische" Demonstrationen statt, die äußerlich friedlich abliefen; in Wirklichkeit Forderungen aufstellten, die eine Verhöhnung der Verfassung bedeuten."

Die liberale Presse behandelt die Demonstration außerordentlich wohlwollend. Allenthalben wird der ruhige Verlauf und würdige Charakter der Demonstration hervorgehoben, und die „Vossische Zeitung" sagt, daß die Zahl der Teilnehmer mit 500 000 eher zurückhaltend als übertrieben geschätzt sei. Erich Dombrowski bezeichnet im „Berliner Tageblatt" den gestrigen Tag als einen „Generalappell der Republik" und tut so, als ob das Bürgertum in ganz hervorragendem Maße an dem Ereignis beteiligt gewesen sei. Erst nachdem dieser Eindruck bei dem Leser hervorgerufen worden ist, folgt die weitere Behandlung der Demonstration und der durch sie geschaffenen politischen Lage. Wir wollen dem „Berliner Tageblatt" seinen republikanischen Bürgerstolz nicht streitig machen. Wie weit er echt ist, wird sich weiterhin zeigen, wird sich zeigen, wenn die Probe angestellt wird, wie weit das Bürgertum gemeinsam mit der Arbeiterklasse weiterschreiten will, um auch nur der ganz bescheidenen Hoffnung Erfüllung zu verschaffen, mit der Dombrowski seinen Artikel folgendermaßen schließt:

„Die gestrigen Riesenkundgebungen, die nur ein Symptom für die große Erregung und Bewegung des Volkes sind, können klärend wirken, indem sie zeigen, daß die Monarchisten letzten Endes keinen Boden in der Masse der Bevölkerung haben. Das wird viele Halbe und Zweifelhafte zu einer neuen Einstellung veranlassen. Nicht bloß Einzelindividuen, sondern auch Parteien. Nach rechts sowohl wie nach links. Schließlich werden dann nur die Radikalen auf beiden Seiten als unbelehrbar übrig bleiben."

Belustigend ist die Haltung des Wolffschen Telegraphenbureaus. Dieses Organ zur Fabrikation von öffentlicher Meinung, das jeden Augenblick auf der Kante nach rechts steht, um bei passender Gelegenheit in das eventuell siegreiche Lager überzutreten, trieft plötzlich von Wohlwollen für die demonstrierende Arbeiterschaft. So eine Kundgebung habe Berlin noch nicht erfahren, hebt der Bericht des Bureaus an. Er schätzt die Beteiligung ebenfalls auf eine halbe Million und nimmt die stürmischen Reden mit zahlreichen Hoch- und Niederrufen auf. Zum Schluß rühmt der Bericht die „musterhafte Ordnung und Selbstzucht". Herzliebchen, was willst du noch mehr?

Aber auch hier sind wir von Unbehagen nicht ganz frei und beschränken uns aufs Abwarten.

Das Treiben des Deserteurs

London, 31. August.

„Evening Standard" erfährt von maßgebender Stelle, daß das britische Foreign Office (Auswärtiges Amt) die augenblickliche Krise in Deutschland mit der ernstesten Sorge verfolge, da es im Interesse der Alliierten liege, daß die Regierung Wirth, die loyal versuche, ihre Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag von Versailles zu erfüllen, an der Macht bleibe. Aus diesem Grunde legte Downing Street im Haag dar, daß die vor kurzem von dem ehemaligen Kaiser an seine Anhänger in Deutschland gerichteten aufreizenden Telegramme nach Ansicht der beiden Regierungen einen Bruch der Bedingungen, unter denen dem ehemaligen Kaiser Asylrechte gegeben wurden, bedeuten. Die holländische Regierung hat „Evening Standard" zufolge dem vormaligen Kaiser eine energische Warnung erteilt.

Eine Bestätigung dieser Nachricht muß abgewartet werden. Fest steht, daß Wilhelm Hohenzollern nicht nur einen lebhaften Schriftwechsel mit den monarchistischen Geheimorganisationen in Deutschland unterhält, sondern daß für die Erledigung besonders wichtiger Aufträge ein besonderer Kurierdienst eingerichtet ist. Zwischen dem „Nationalverband deutscher Offiziere" und dem Hause Doorn findet beispielsweise ein äußerst reger Gedankenaustausch statt, der von keiner Seite aus Belästigungen erfährt. Auch der frühere Kronprinz läßt sich durch die monarchistischen Geheimorganisationen laufend über die Vorgänge in Deutschland unterrichten und er hatte auf Grund dieser Informationen gerade in letzter Zeit starke Hoffnungen auf eine baldige Rückkehr nach Deutschland.

Der Professor des schwarzen Hundert

Damit alle bekannt werden, die auf der Seite der Mord- und Spießgesellen des Monarchismus stehen, wollen wir Herrn Prof. Roethe nicht schlechter behandeln, als seine Gesinnungsfreunde, sondern auch ihm ein Denkmal errichten. Er sagte bei einer Tannenbergfeier in Kolberg:

„Die Weisen der heutigen Regierung halten es für aufreizend und unpassend, dieser Tage zu gedenken, sie selbst aber feiern den Jahrestag der Verfassung in Berlin. Dieser Tag wird für uns nie ein Nationalfeiertag werden, und wir sehnen den Tag herbei, an dem sie wieder verschwindet. Von unserer jetzigen Regierung haben wir nichts zu erwarten, sie beugt sich der Masse und der Entente."

Wir hoffen, daß die Roethe und Konsorten von der gegenwärtigen Regierung doch „etwas zu erwarten" haben — nur in anderem Sinne, als sie es meinen.

Smuts über Oberschlesien

London, 1. September.

General Smuts hielt bei seiner Ankunft in Kapstadt eine Rede über die Reichskonferenz, in der er erklärte, die Lage in Oberschlesien sei so wichtig, daß der unmittelbare Frieden der Welt ebenso eng mit dieser Frage zusammenhänge, wie im Jahre 1914 mit der belgischen. Die Dominions hätten England bis zum äußersten den Rücken gestärkt, um zu verhindern, daß die oberschlesische Frage Frankreich und Deutschland in einen neuen Krieg hineinziehe. Jetzt weiß Europa, daß es nicht nur mit Groß-Britannien, sondern mit dem britischen Reiche zu tun habe. (Großer Beifall.) Die Dominions unterstützen den Völkerbund, sie wollten vom Militarismus nichts wissen. Smuts sagte, er hoffe, daß der Völkerbund in der äußerst schwierigen Frage Erfolg haben werde.

Lohnabbau im holländischen Transportgewerbe. Die Löhne der holländischen Transportarbeiter werden ermäßigt werden. In einer Konferenz der Direktion der holländischen Schiffahrtsgesellschaft mit der Verwaltung des Transportarbeiterbundes ist es den Vertretern des Transportarbeiterbundes nicht gelungen, die Direktion anders zu bestimmen.

Groß-Berlin

Demonstration

O. P. Rote Fahnen. Schwarzrotgoldene Fahnen. Menschen. Schilder. Menschen — Menschen —

Lange, dichte Züge. Ohne Ende fast. Immer noch mehr kommen heran. Mit Fahnen, Musikkapellen, Schildern. —

Ein Trompetensignal. Wie auf einem Schlage beginnen alle Redner im weiten, weiten Umkreise gleichzeitig. Es kommen immer noch mehr Menschen. Da drängt sich durch die Menge ein kleiner Trupp von etwa acht bis zehn Personen. Männlein und Weiblein. Sie lachen. Sind fröhlich. „Au, meine Hühneraugen" — „Ziehst du am Sonntag dein weißes Kleid an, oder das graue Kostüm?" — „Wir haben gestern wunderbaren Apfelkuchen mit Sahne gegessen." — „Paß uff, jetzt wern wa jefilmt. Setz da mal den Hut jrade." — „Ach, is det een Jedränge; wenn wa bloß erst raus wärn." — — „Nieder mit der Reaktion" prangt auf einem Schilde, das hinter der kleinen Schar einem unendlich langen Zug vorangetragen wird. Die kleine Schar sieht dieses Schild nicht — — —

*

Irgendwo in irgendeinem Herrenzimmer sitzt zur selben Stunde ein anderer „kleiner Trupp". Eine „Herren"gesellschaft. Es sind alles harte, kantige Gestalten. Monokel fehlt nur bei einigen. Gespräch: die jüngsten Zeitungsverbote. Verbot unberechtigten Uniformtragens usw. Alle sind bitter ernst und beraten, wie man „auf den Boden der gegebenen Tatsachen" die bisherigen Ziele weiter verfolgen kann — —

*

Proletarier! Brüder! Schwestern! Seid wachsam! Achtet auf sämtliche — Mauselöcher!

Die Flaggenfrage in Berlin

Die gestrige „B. Z. am Mittag" brachte folgende Meldung:

„Dampferausflug mit Schwarz-weiß-rot. Von der Landungsstelle der Reederei Nobiling an der Jannowitzbrücke beabsichtigte heute früh um 10 Uhr ein nationaler Verein einen Dampfer-Ausflug zu unternehmen. Man hatte den Dampfer mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt. Kurz vor Abgang des Dampfers erschien ein Trupp von Arbeitslosen, die sich anscheinend an der Demonstration beteiligen wollten. Die Arbeitslosen stürmten den Dampfer, rissen die Fahnen herunter und warfen sie ins Wasser. Darauf zogen sie davon.

Wir bemerken dazu, daß keineswegs nur Sonderdampfer für nationale Vereine mit den schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt sind. In diesem ganzen Sommer sind, wie jeder Ausflügler bestätigen wird, die Dampfer auf allen Berliner Gewässern ausschließlich unter der schwarz-weiß-roten Flagge gefahren. Die Dampfergesellschaften haben es sich selbst zuzuschreiben, wenn sie offiziell mit dieser liebichen Fahne fahren und dann unangenehme Erfahrungen machen!

Eine sozialistische Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus der S. P. D., V. K. P. D. und U. S. P. D. hat sich in Niederschöneweide gebildet, die sich zur Aufgabe gestellt hat, in Niederschöneweide eine weltliche Schule zu errichten. Die erste öffentliche Versammlung findet am Donnerstag, den 1. September 1921, abends 7 Uhr, in der Schulaula, Berliner Straße 31, statt. Das Referat hält Prof. Paul Oestereich. Die Eltern in Johannisthal, die gewillt sind, ihre Kinder in die Niederschönweider Schule zu schicken, werden aufgefordert, sich der Bewegung anzuschließen.

Erkner. Am Sonnabend, den 3. September d. Js., veranstaltet der hiesige Deutschnationale Jugendbund eine Sedanfeier, verbunden mit Fahnenweihe. Die organisierte Arbeiterschaft in Erkner aller sozialistischen Parteien sowie das Gewerkschaftskartell haben beschlossen, in einer Massenversammlung gegen die monarchistischen Umtriebe einmütig und geschlossen zu protestieren und den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen. Unsere Protestversammlung findet ebenfalls an demselben Tage, Sonnabend, den 3. September, abends pünktlich 6 Uhr, im Brodtschen Gesellschaftshaus, Erkner, Friedrichstr. 75, statt. Alle Parteigenossen sowie alle Arbeitersportorganisationen, die Ausflüge veranstalten, werden ausdrücklich auf unsere Veranstaltung hingewiesen.

„Vortagsanmeldungen" bei Ferngesprächen. Von der Reichspostverwaltung wird geschrieben: Nach der neuen Fernsprechordnung können vom 1. Oktober ab im Fernverkehr Gespräche schon am Nachmittag des Vortages gegen eine besondere Gebühr von 50 Pf. für die Anmeldung eines jeden Gesprächs unter Angabe

einer bestimmten Anmeldezeit bestellt werden („Vortagsanmeldungen"). Der Teilnehmer hat bei diesen Vortagsanmeldungen den Vorteil, daß er die Anmeldezeit beliebig bestimmen kann, also nicht gezwungen ist, die Gespräche in früher Morgenstunde anzumelden. Daneben werden auch vom 1. Oktober ab schriftliche Vortagsanmeldungen sowie Daueranmeldungen zugelassen; es handelt sich hierbei um Gespräche, die täglich regelmäßig von den gleichen Teilnehmern ausgeführt und die für einen längeren Zeitraum, z. B. für 14 Tage, im voraus bestellt werden.

Die Herrichtung von weiteren Flächen zu Kleingärten wird vom Bezirkskleingartenamt des Bezirksamtes 17 beabsichtigt. Einwohner des Bezirkes, die die Pachtung von Kleingartenland (Laubenland) beabsichtigen, mögen sich umgehend beim Kleingartenamt, Stadthaus in Friedrichsfelde, Schloßstraße 4, Zimmer 5, melden. Berücksichtigt können nur Bewerber werden, die noch kein Laubenland oder kein eigenes Gartengrundstück bewirtschaften.

Wiedereröffnung der städtischen Badeanstalt Gerichtstraße. Den Bedürfnissen der Bevölkerung des Nordens Rechnung tragend, wird die Badeanstalt in der Gerichtstraße 65—69 auf Veranlassung des Bezirksamts Wedding vom 1. September d. J. ab wieder geöffnet. Die Badeanstalt kann täglich von 12 bis 7 Uhr vom Publikum beiderlei Geschlechts benutzt werden. Der Preis für Wannenbäder beträgt 2 M., für Brausebäder 0,50 M.

Auf Abschnitt 10 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte entfallen 250 Gramm Weizengrieß zum Preise von 95 Pf. (1,90 M. je Pfund). Die Ausgabe erfolgt ohne Voranmeldung in der Zeit **vom 1. bis einschließlich 14. September 1921** a) in den durch blaue Aushängeschilder kenntlich gemachten Verkaufsstellen für amerikanisches Weizenmehl, b) in den Verkaufsstellen der Meierei C. Bolle, c) in den Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft und des Beamtenwirtschaftsvereins für deren Mitglieder.

Die Berliner Rettungsstellen. Es sind in ganz Berlin bekanntlich in jedem Hause, in allen Werkstätten, in den Diensträumen der öffentlichen Gebäude usw. Blechschilder vorhanden, die auf die nächste Rettungsstelle hinweisen, aber noch den Hinweis auf die frühere Telephonverbindung der betreffenden Rettungsstelle tragen. Diese früheren Telephonverbindungen gingen durch den Magistrat, so daß z. B. die Rettungsstelle 6 früher den Fernsprechanschluß „Magistrat Nr. 6" hatte. Diese Telephonanschlüsse an den Magistrat bestehen nicht mehr. Das Rettungsamt hat jetzt seine eigene Telephonzentrale, die die Bezeichnung „Amt Norden, Rettungsamt" führt. Durch diese ist jetzt jede einzelne Rettungsstelle telephonisch zu erreichen. Es empfiehlt sich daher, die auf den Blechschildern befindlichen Hinweise auf den telephonischen Anschluß der einzelnen Rettungsstellen beim Magistrat durch die Berichtigung „Fernsprechanschluß Amt Norden, Rettungsamt" zu ersetzen. Die einzelnen Besitzer der Plakate werden durch den Magistrat gebeten, diese Korrektur selbst vorzunehmen.

Die Verbrechen des Lustmörders Großmann dürften im Laufe des heutigen Tages ihre restlose Aufklärung finden. Außer dem bisher zusammengetragenen schweren Belastungsmaterial, durch das dem Verbrecher vier Mädchenmorde nachgewiesen werden sollen, haben gerichtsärztliche und chemische Untersuchungen der in der Großmannschen Wohnung beschlagnahmten Sachen und Geräte ein für den noch immer hartnäckig leugnenden Verbrecher ein geradezu vernichtendes Resultat gezeitigt. Der Gerichtsarzt Prof. Dr. Strauch hat die in dem Zimmer Großmanns vorgefundenen Aschenreste untersucht und dabei Entdeckungen gemacht, die es außer Zweifel stellen, daß Großmann auch Leichenteile in seiner Behausung verbrannt hat. Sehr wesentlich sind auch die vom Nahrungsmittel-Untersuchungsamt vorgenommenen chemischen Untersuchungen der Bank, auf der Großmann seine Opfer gefesselt und, wie die chemische Untersuchung ergeben hat, auch abgeschlachtet und zerstückelt hat. Die chemische Untersuchung hat einwandfrei ergeben, daß sich an dieser Bank Menschenblut und Fasern von Menschenfleisch befinden. Die gleiche Entdeckung wurde ebenso einwandfrei an gleichfalls daraufhin untersuchten Messern, sowohl an der Schneide wie auch an den Messergriffen gemacht. Die chemischen Untersuchungen waren in allen Fällen einwandfrei positiv. Bei der heute angesetzten Gegenüberstellung des Verbrechers mit den vielen von der Kriminalpolizei ermittelten und bereits vernommenen Zeugen werden auch diese ärztlichen und chemischen Gutachten dem Lustmörder vorgehalten werden. Obzwar dieser dabei einsehen muß, daß er hinreichend überführt ist, ist es noch sehr fraglich, ob er sich zu einem Geständnis bequemen wird.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgegend am Freitag. Etwas wärmer, vielfach heiter aber veränderlich, bei mäßigen westlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Gewerkschaftliches

Schiedsspruch in der Berliner Metallindustrie

Das Metallkartell teilt mit:

Am Freitag soll in allen Betrieben, die dem Verband Berliner Metall-Industrieller angehören, eine **Urabstimmung** über nachstehenden Schiedsspruch stattfinden. Es wird darauf hingewiesen, daß die Abstimmung nur stattfinden kann unter **Vorzeigung des Mitgliedsbuches.** Jede Kollegin und Kollege hat sich so einzurichten, daß er sein Stimmrecht ausüben kann. Weitere Informationen folgen in der Freitag-Morgen-Ausgabe.

Schiedsspruch.

Der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten in der Berliner Metallindustrie vom Reichsarbeitsministerium eingesetzte Schlichtungsausschuß hat in der Sitzung vom 31. August 1921 unter Mitwirkung des Oberregierungsrats Dr. Caesar als Vorsitzenden, des Referenten Grzinski, des Reg.-Rats Dr. Tiburtius, als unparteiischen Beisitzer, des Justizrats Waldschmidt, des Regierungsbaumeisters Pfeil, des Fabrikdirektors Hasse als Arbeitgeberbeisitzer, des Mechanikers Gutsche, des Werkzeugmachers Zippel, des Formers Bredow als Arbeitnehmerbeisitzer einstimmig folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. Die Tariflöhne der männlichen Arbeiter über 21 Jahre werden um 75 Pfg. pro Stunde erhöht. Die Akkordbasen werden den Einstellungslöhnen gleichgesetzt.

2. Arbeiter von 18—21 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 65 Pfg. die Stunde.

3. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Tariflöhne um 30 Pfg. pro Stunde für das 14. bis 15., und 15. bis 16. Jahr um 45 Pfg. pro Stunde, für das 16. bis 17. und 17. bis 18. Jahr.

4. Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen, deren Leistungen nicht mit den Leistungen männlicher Arbeiter verglichen werden können, erhalten eine Erhöhung der Tariflöhne um 50 Pfg. Die Akkordbasis wird auf 3,75 M. pro Stunde erhöht.

5. In der Glühlampenindustrie beschäftigte Arbeiterinnen erhalten in Gruppe I 50 Pfg. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3,95 M. erhöht; in der Klasse II ebenfalls 50 Pfg. Erhöhung des Tariflohnes, die Akkordbasis wird auf 3,75 M. erhöht.

6. Jugendliche Arbeiterinnen unter 18 Jahren erhalten im Alter von 14 bis 15 und 15 bis 16 Jahren eine Erhöhung der Tariflöhne um 25 Pfg. pro Stunde, im Alter von 16 bis 17 und 17 bis 18 Jahren um 30 Pfg. pro Stunde.

7. Die Teuerungszulagen werden auf 24 M. erhöht, und zwar sowohl die Ehefrauenzulage, sowie auch für jedes Kind zu gewährende Kinderzulage.

Bezüglich der Erhöhung der einzelnen Akkordsätze infolge Erhöhung der Akkordbasen gilt, daß bei sämtlichen Akkordsätzen, bei denen der Arbeiter die neue Akkordbasis erreicht oder darunter bleibt, eine Erhöhung der Akkordsätze im Verhältnis der neuen Akkordbasis zur alten Akkordbasis vorgenommen wird.

Akkorde, bei denen die neue Akkordbasis bereits jetzt um mehr als 20 Prozent überschritten wird, werden nicht erhöht.

Akkorde, bei denen die Akkordverdienste zwischen diesen beiden Grenzen liegen, werden nach gleitenden, fallenden Umrechnungssätzen erhöht. Der Umrechnungssatz ist bei Akkorden, bei denen die neue Akkordbasis bereits erreicht wird, das Verhältnis neuer Akkordbasis zu alter Akkordbasis, er endet bei Akkorden, bei denen neue Akkordbasis plus 20 Prozent bereits erreicht wird, mit dem Umrechnungssatz 1.

Die Zulagen beziehen sich auf die Tarifsätze. Auf Grund des Tarifs gewährte Künstler- und Ausgleichszulagen bleiben auch nach der Erhöhung der Tarifsätze bestehen, soweit die Zulagen nicht ausdrücklich unter Vorbehalt gewährt worden sind.

Die Erhöhungen treten mit dem Beginn der auf den 31. August 1921 folgenden Lohnwoche in Kraft.

Die Parteien haben sich bis zum 3. September 1921, nachmittags 5 Uhr, dem Reichsarbeitsministerium gegenüber über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu erklären.

Abschluß der Lohnbewegung der Rollkutscher und Speditionsarbeiter. Mit den neuerlichen Verhandlungen mit den Unternehmern beschäftigte sich eine stark besuchte Versammlung der Rollkutscher und Speditionsarbeiter am gestrigen Dienstag. Püschel teilte mit, daß die Unternehmer als letztes Angebot folgende Lohnsätze bewilligt hätten: Arbeiter unter 17 Jahren 153,50 M., im Alter zwischen 17—19 Jahren 173,50 M., zwischen 19—20 Jahren 211 M., zwischen 20—21 Jahren 263 M., über 21 Jahren 380 M. Der Berichterstatter und eine am Montag stattgefundene Funktionärkonferenz empfehlen die Annahme dieser Lohnsätze. In der Diskussion empfahlen besonders die Jugendlichen die Ablehnung der Zugeständnisse. In geheimer Abstimmung nahm schließlich die Versammlung das Angebot der Unternehmer an.

Maler! Durch Entscheidung des Haupttarifamtes für das deutsche Malergewerbe (§ 13 des rechtsverbindlich erklärten Reichstarifvertrages) ist der Lohn für den Geltungsbereich Groß-Berlin ab 1. September 1921 um 70 Pfennig pro Stunde erhöht worden. Der Minimallohn beträgt demnach 7,55 M. pro Stunde. Am 1. Oktober 1921 tritt eine weitere Erhöhung um 70 Pfennig ein, so daß der Minimalstundenlohn von diesem Tage ab 8,25 M. beträgt. Das Lohnabkommen geht bis 30. November und ist am 1. November zum erstenmal monatlich kündbar.

Eine gelbe Wächtervereinigung. Der Transportarbeiterverband ersucht uns um Aufnahme folgender Zeilen: Vor einigen Tagen erschien ein Artikel: Eine gelbe Wächtervereinigung. Zahlreiche Anfragen von Betriebsräten usw. veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß es sich nur um die Firma: Wachbereitschaft Groß-Berlin, An der Spandauer Brücke 7, handelt. Die Organisation ist bereit, Auskunft zu geben in dem Bureau Bayreuther Straße 31. Kurfürst 9832.

Zur gewerkschaftlichen Jugendkonferenz. Wir werden zu unserem Bericht auf einen Druckfehler aufmerksam gemacht und gebeten mitzuteilen, daß es bei der Grundsatzerklärung Sieglers über das Verhältnis zur politischen Jugendbewegung in Absatz 2 des Berichtes folgendermaßen heißen muß:

„Die Aufgabe der gewerkschaftlichen Jugendbewegung besteht in der Wahrnehmung der wirtschaftlichen und geistigen Interessen der Jugendlichen. Die Vertretung der wirtschaftlichen Interessen Jugendlicher liegt den politischen Jugendorganisationen nicht ob."

Gruppenvollversammlung des graphischen Gewerbes. Wir machen erneut aufmerksam auf die morgen, Freitag, abends 6 Uhr, in den Berliner Vereins- und Konzertsälen (Arminhallen), Kommandantenstr. 58-59, stattfindende Gruppenvollversammlung des graphischen Gewerbes und der chemischen Industrie und bitten vollzählig zu erscheinen.

Parteiveranstaltungen

Donnerstag, 1. September.

15. Verwaltungsbezirk. Die Genossen und Genossinnen des 15. Verwaltungsbezirks treffen sich heute abend, Punkt 7 Uhr, am Bahnhof Treptow zur gemeinsamen Kundgebung gegen die Sedanfeier.

15. u. 16. Verwaltungsbezirk. Abends 7 Uhr im Köpenicker Rathause, Zimmer [illegible], gemeinsame Sitzung zwecks Aufstellung der Stadtverordnetenliste. Die für [illegible] Zwecke vorgeschlagenen Genossen werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Freitag, 2. September.

2. Distrikt (Berlin-Mitte), 2. Abt. Außerordentliche Sitzung sämtlicher Funktionäre bei Kurreck, Zionskirchplatz 5, abends 7½ Uhr.

20. Distrikt (Kreuzberg), 3. Abt. Die Einäscherung des Gen. Ernst [illegible], Forster Str. 36, findet nachmittags 2½ Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung erwünscht.

18. Distrikt, 5. Abt. Abends 7 Uhr bei Schurzmann, Stettiner Str. 11, [illegible]tationskommission- und Obleute-Sitzung.

6. Distrikt. Abends 7½ Uhr Sitzung der Ordner bei Krüger, [illegible]. Jeder Bezirk muß vertreten sein.

Vereinskalender

Donnerstag, 1. September.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung [illegible]lin, Rest. Althoff, Althoff-, Ecke Körnerstraße, abends 7½ Uhr. Potsdam, Mühlenpark, Neubabelsberger Straße, abends 7½ Uhr. Wilmersdorf, [illegible] bei, Augustastr. 1, abends 7½ Uhr.

Freitag, 2. September.

Bund der technischen Angestellten und Beamten. Mitgliederversammlung [illegible]tram-Süden, Rest. Alexandriner, Alexandrinenstr. 37, abends 7½ Uhr. [illegible] der Abgeordneten zum Gautag. Südosten, Grünauer Garten, Grünauer [illegible], abends 7½ Uhr. Neukölln, Bürgersäle, Bergstr. 147, 7½ Uhr. Oberschöneweide, Rest. Hubertus, Edison-, Ecke Waldstraße, abends 7½ Uhr. Schöneberg, [illegible] Ebersstr. 65, 7½ Uhr. Tempelhof, Rathausrestaurant, Berliner Straße, 7½ Uhr. Weißensee, Spatenbräu, Berliner Allee 232, abends 7½ Uhr. Logenkasino, O. 112, Knorrpromenade 2, abends 7½ Uhr.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Liebschütz, Berlin-[illegible]; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: [illegible], Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: [illegible] Kameriner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

Soeben ist erschienen:

KARL KAUTSKY

Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei

Eine Auseinandersetzung mit TROTZKI

128 Seiten

Preis gut kartonniert 12.— Mark

In dieser Schrift untersucht Kautsky drei Fragen: Die **Gründe** für die Forderung der Arbeiterklasse nach der **Demokratie;** die Bedeutung der **Diktatur** der Arbeiterklasse und ferner die wichtige und ständig an Bedeutung gewinnende Frage über das **Verhältnis des Sozialismus zum Arbeitszwang**

Bestellungen werden erbeten an

Buchhandlung „Freiheit"
Berlin C 2 — **Breite Straße 8-9**

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 M.
Schwarz. Krausen 22 M.
Portoriko . . . 23 M.
Gold Shag . . . 27 M.
Raud Große Hamburger Straße 1. I

Glückwunsch-Karten zur **Jugendweihe** in reicher Auswahl
Buchhandlung „Freiheit"
Breite Str. 8/9
und in den „Freiheit"-Speditionen erhältlich.

Auf Teilzahlung!
Anzüge
für Herren und Burschen
fertig und nach Maß
Prima Verarbeitung
Stolzmann
Belle-Alliance-Str. 108
Eingang Möbellager.

Annahme in allen Speditionen des Verlages

Kleine Anzeigen

Geschäftsstelle: Berlin C 2, Breitestr. 8-9

Das Ueberschriftswort 2.— Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto.
Stellungsgesuche: Ueberschriftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.— Mk.

Verkäufe

Bares Geld sparen Sie, wenn Sie Ihren Bedarf an Gardinen bei uns decken. Durch rechtzeitige Abschlüsse bei den renommiertesten Fabriken haben wir uns noch sehr günstig eingedeckt und sind wir infolge der Riesenumsätze in der Lage, mit dem kleinsten Nutzen zu arbeiten. Ohne jeden Kaufzwang besichtigen Sie bitte unsere unübertreffliche Auswahl. Sie werden bei uns zu Ihrer vollsten Zufriedenheit bedient. Zum Verkauf gelangen: Gardinenstoffe, ca. 70 cm breit, dauerhafte Qualität, Meter sechs Mark, doppeltbreit 11,50 an. Schalgardinen, ca. 65 cm breit, Fenster 45.—, 68.—. Künstler-Gardinen, dreiteilig, Fenster 68.—, 95.—, 175.—. Madrasgarnituren, reichh. gestickt, 98.—, 125.—, 160.—. Halbstores in Englischtüll, Etamine u. Etamine, 45.—, 65.—, 95.—, 115.—. Bettdecken, über zwei Betten, 78.—, 95.—, 130.—, 180.—. Steppdecken, prima Satin, 175.— an. Daunendecken, garantiert reine Ware, in größter Auswahl, 135.—, 190.—, 260.— aufwärts. Tischdecken (Gobelin, Leinen, Plüsch) sowie Teppiche, Bettvorlagen, Brücken usw. bis 50 Proz. herabgesetzt. Weintraub & Co., Gr. Frankfurter Str. 104 (am Strausberger Platz, Ecke Andreasstraße). Großdetail-Gardinenhaus in der ersten Etage. Gutschein über 5 Proz. Extrarabatt auf jeden Einkauf.

Teilzahlung. Anzüge, Ulster, Regenmäntel. Bequeme diskrete Ratenzahlung. (Kein Laden). Seiler Gottlieb, Rollendorfstraße 22a (Nollendorfplatz).

Zobel, Skunk, Silberfüchse in jeder Preislage zu Engrospreisen. Pelzhaus Jägermann, Oranienstr., Eing. Prinzessinnenstr. 14, am Moritzplatz.

Kreuzfüchse 85.—. Sämtliche Pelzarten, Hälfte herabgesetzte Sommerpreise. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthaler Straße.

Anzüge 250.—, Gummimäntel 365.—, Hosen 45.—, Cutaways, Gehrockanzüge, Ulster, Paletots, Raglans staunend billig Friedensstoffe. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203-204, Ecke Rosenthaler Straße.

Kreuzfüchse! 100.—. Zobelfüchse! Blaufüchse! Silberfüchse! Seltene Gelegenheiten! Sensations-Sommerpreise! Anzüge! Hosen! Uhren! Goldwaren! Spottpreise! (Keine Verfallsware) Jahresgarantie! Pfandleihhaus Schönhauser Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof)

Staunenerregend! Rotfüchse 40.—, Kreuzfüchse 75.— Mark an! Alaskafüchse! Silberfüchse! Zobelfüchse! Pelzmäntel, sowie alle anderen Pelzarten! Riesenauswahl! Keine Verfallswaren! Alles zu bedeutend herabgesetzten, spottbilligen Sommerpreisen! Spezial-Pelzverkauf im Leihhaus! Warschauer Str. 7

Leihhaus Friedrichstr. 2 (Hallesches Tor) verkauft spottbillig Herrenanzüge, Cutaways, Ulster, Schlüpfer, Hosen, Kreuzfüchse, Silberfüchse, Alaskafüchse. Keine Lombardware.

Kaufgesuche

Teppiche kauft, Preisangabe, Wapp, Pankstr. 49.

Pistolen Automatische und Feldstecher kauft Kiesbein, Steinstraße 50.

Möbel

Küchen, moderne, mit und ohne Anrichte, lackiert, lasiert, roh, jetzt von 350 M. ab. Riesenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringer Straße 22 (Schönhauser Tor).

Teilzahlung. Einzelmöbel, ganze Einrichtungen, bequeme Zahlweise. Möbelhaus Rehfeld, Badstraße 34.

Chaiselongues 200.— bis 575.—, Umbauplüschsofas, Auflegematratzen, Patentmatratzen 110.—. Walter, Stargarder Straße achtzehn.

Chaiselongues 100.—, Chaiselonguedecke 75.—, Metallbetten 180.—, Kinderdrahtbett. Meincke, Augustastr. 22a, Laden.

Achtung! Höchste Preise für bessere Möbel, ganze Wirtschaften, Perserteppiche, Brücken, Klaviere, zahlt, da dringender Bedarf, Korn, Chausseestr. 91. Norden 12 601.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Strausberger Straße 44.

Geld-Verkehr

Reell. Abzahldarlehne schnellstens durch Langer, Rathenower Straße 68.

Verschiedenes

Buchbinderei [illegible], Josephstraße 2, empfiehlt [illegible] Vereinen und Gewerkschaften.

Jeder Betriebsrat muß [illegible] Schrift von Rud. Hilferding [illegible] „Die Sozialisierung und die Machtverhältnisse der Klassen" lesen. Preis 3.— Mk. [illegible] Zu beziehen durch die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße.

Wanderfreunde finden [illegible] schönsten Fahrten und [illegible] derungen in dem Buch [illegible] Paul John „Lieber [illegible] Heide". Geschmackvoll [illegible] 8.— Mark. Zu beziehen [illegible] die Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2, Breite Straße.

Der **richtige Weg** für **Angebot u. Nachfrage** sind die **Kleinen Anzeigen** der **Freiheit.**

Trauringe
Zu Engrospreisen direkt ab Fabrik.
1 Dukaten-Trauring, 900 gestempelt 75 M.,
1 Trauring . . . . . . 585 „ 65 „
1 Trauring . . . . . . 333 „ 30 „
Wir fabrizieren nur massive Trauringe ohne Lötfuge.
Trauringfabrik H. Schneider & Sohn,
Brunnenstraße 41.
Kontor und Verkaufsräume vorn 1 Treppe.

Botenfrauen sofort gesucht!
Spedition Werner
Greifswalder Straße 29
Tour: Christburger und Winsstraße

Genossen und Genossinnen kauft nur bei unseren Inserenten!